

# Medieninfo

2. September 2022

## Keine weitere Ausbeutung der migrantischen Baubeschäftigten

IG BAU und gewerkschaftsnahe Beratungsstellen starten bundesweite Aktionswoche auf Baustellen

**Frankfurt am Main** – Vorenthaltene Sozialversicherungsbeiträge, Betrug und Steuerhinterziehung. Mit fingierten Zahlungen und Rechnungen von mehreren Scheinfirmen wurde Schwarzgeld generiert. So lauteten die Vorwürfe nach einer großangelegten Razzia auf Baustellen Ende Juli im Rhein-Main-Gebiet. Sechs Beschuldigte wurden festgenommen. Der Schaden für Steuerbehörden und Sozialkassen: rund 20 Millionen Euro. Auch für viele Bauarbeiter\*innen aus Rumänien, die für das Firmengeflecht tätig waren, hatte die Razzia gravierende Folgen: Von einem auf den anderen Tag hatten sie keinen Arbeitgeber und keine Bleibe mehr. Große Teile ihrer Juni-Löhne, oft vierstellige Beträge, hatten sie noch nicht bekommen. Teilweise schlofen die Betroffenen erst einmal in Autos oder unter Brücken, sie hatten kein Geld für Essen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unterstütze rund 100 Beschäftigte in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, indem sie von den verantwortlichen Generalunternehmen die ausstehenden Löhne einforderte.

Dieser Fall war kürzlich in den Zeitungen zu lesen. Und er ist beileibe nicht der einzige. Deshalb unternimmt die IG BAU zusammen mit dem Bildungsträger PECO-Institut und den Beratungsstellen Europäischer Verein für Wanderarbeiter, Faire Mobilität, Faire Integration sowie Arbeit und Leben vom 5. bis 9. September eine bundesweite Aktionswoche. Mehr als 20 Baustellen sollen dabei besucht werden. „Ziel ist es, mit möglichst vielen migrantischen Beschäftigten auf dem Bau in Kontakt zu treten und sie über ihre Arbeitsrechte in Deutschland zu informieren“, erklärt IG BAU-Vorstandsmitglied Carsten Burckhardt. Zugleich diene die Aktionswoche dazu, die zunehmende Verbreitung von Niedriglöhnen im Baugewerbe öffentlich zu thematisieren. „Trotz anhaltenden Baubooms und trotz des aktuellen Fachkräftemangels sind sowohl deutsche als auch mobile Beschäftigte aus der EU und Drittstaaten von der Abschaffung des Branchenmindestlohns massiv betroffen. Sie werden nicht nach ihren Qualifikationen bezahlt und Tarifverträge werden nicht eingehalten.“

Branchenvorstand Carsten Burckhardt appelliert: „Wenn ihr ausgebeutet werdet, wechselt den Betrieb. Sucht euch einen tarifgebundenen Arbeitgeber! Werdet Mitglied der Gewerkschaft.“ Notwendig ist nach seiner Auffassung auch die Einführung einer „BauCard“, um die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und die Eingruppierung der Arbeitnehmer\*innen digital zu erfassen. Zudem müssten die Subunternehmerketten auf zwei Glieder pro Gewerk begrenzt werden, um endlich „die kriminellen Machenschaften mancher Subunternehmer zu beenden“, betont der Gewerkschafter.

*Für die Redaktion: Wenn Sie über eine Aktion in Ihrer Nähe berichten wollen, können Sie mich gerne kontaktieren.*